

Fragen**für die Fragestunde der 136. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. November 2023****Verzeichnis der Fragenden**

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	29, 38	Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	44
Bachmann, Carolin (AfD)	13, 14	Jung, Andreas (CDU/CSU)	8
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 40	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	10, 11
Brandner, Stephan (AfD)	16, 41	Latendorf, Ina (DIE LINKE.)	33, 37
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	24, 25	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 15
Bystron, Petr (AfD)	22, 23	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	34, 39
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	21, 28	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	30, 31
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	35, 36	Renner, Martina (DIE LINKE.)	19, 20
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	2, 3	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	45, 46
Görke, Christian (DIE LINKE.)	9, 12	Schattner, Bernd (AfD)	17, 18
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	6, 7	Simon, Björn (CDU/CSU)	42
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	26, 27	Weisgerber, Anja, Dr. (CDU/CSU)	43
		Wiener, Klaus, Dr. (CDU/CSU)	4, 5

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Welches Zwischenfazit zieht die Bundesregierung zu der beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz angesiedelten Informationskampagne „80 Millionen gemeinsam für Energiewechsel“, die bis zum Ende ihrer Laufzeit im Jahr 2025 mit bis zu 83 Millionen Euro zu Buche schlagen könnte (vgl. Focus – www.focus.de/finanzen/teure-energiespar-kampagne-habecks-profane-dusch-tipps-kosten-steuerzahler-bis-zu-83-millionen-euro_id_227234589.html, zuletzt abgerufen am 19. Oktober 2023)?
2. Abgeordneter
**Dr. Thomas
Gebhart**
(CDU/CSU)

Wie viel der zur Verfügung gestellten Mittel für die Härtefallhilfen für nicht leitungsgebundene Energieträger wurden insgesamt abgerufen, und wie hoch war der durchschnittliche Auszahlungsbetrag pro Antragsteller (bitte nach Heizöl und Pellets differenzieren)?
3. Abgeordneter
**Dr. Thomas
Gebhart**
(CDU/CSU)

Wie und bis wann will die Bundesregierung den Übergang vom nationalen zum europäischen Brennstoffemissionshandel in den Bereichen Gebäude und Verkehr regeln?
4. Abgeordneter
Dr. Klaus Wiener
(CDU/CSU)

Wie erklärt es sich die Bundesregierung, dass die ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2022 einen neuen Negativrekord markiert haben, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. in einer Studie vom Juni 2023 jüngst bestätigte, und mit welchen Maßnahmen will sie diese negative Entwicklung stoppen (vgl. www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/christian-rusche-geldabflusse-in-deutschland-so-hoch-wie-nie.html)?
5. Abgeordneter
Dr. Klaus Wiener
(CDU/CSU)

Welche Gründe sieht die Bundesregierung für den starken Anstieg des Economic Policy Uncertainty Index für Deutschland im Vergleich zum europäischen Wert, und mit welchen Gegenmaßnahmen will sie Unsicherheiten bei den Menschen und den Unternehmen wieder reduzieren, damit sowohl der private Verbrauch als auch die Unternehmensinvestitionen wieder stärker steigen?
6. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)

Wie ist der aktuelle Stand der Kraftwerksstrategie?
7. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung, die Versorgungssicherheit trotz geplantem Kohleausstieg zu gewährleisten?

8. Abgeordneter
Andreas Jung
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Projekte plant das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in den Jahren 2024 und 2025 aus dem Klima- und Transformationsfonds zu finanzieren, und wie hoch sind die Mittel, die dafür verwendet werden?
9. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Welche Firmen haben Entschädigungsanträge im Zusammenhang mit staatlichen Investitionsgarantien für Geschäfte in Russland gestellt, und um welche Entschädigungssumme geht es dabei jeweils (bitte auflisten; vgl. www.ndr.de/nachrichten/info/Milliarden-Verlust-Wintershall-Dea-prueft-Anspruch-auf-staatliche-Hilfen,wintershall134.html; um der Geheimhaltung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie dem parlamentarischen Fragerecht gerecht zu werden, wird im Zweifel um Einstufung als vertrauliches Dokument gebeten)?
10. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über Gesprächsangebote zur möglichen Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken (www.cicero.de/wirtschaft/akw-isar2-preussenelektra-guido-knott-industriestrom-atomkraft-energie)?
11. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Kosten entstehen nach Kenntnis der Bundesregierung durch das geplante Strompreispaket in Summe für den gesamten Bundeshaushalt, und plant die Bundesregierung, die Steuersenkungen auch auf Privathaushalte auszudehnen, und wenn nein, warum nicht (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/strompreis-regierung-einigt-sich-auf-paket-fuer-industrie-a-b1d02493-0b0b-47e2-aab1-14027bede32d)?
12. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Stand des EU-Beihilfverfahrens zur Ertüchtigung der Pipeline vom Rostocker Hafen zur PCK Raffinerie GmbH in Schwedt, und kann die Bundesregierung gewährleisten, dass die Genehmigung bis Weihnachten 2023 vorliegt, so wie der Geschäftsführer es gefordert hat (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-potsdam-pck-chef-br-auchen-foerdermittel-genehmigung-bis-weihnachten-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231016-99-587442)?

13. Abgeordnete
Carolin Bachmann
(AfD)
- Auf welchen Fakten beruht „die Annahme eines in den nächsten Jahren signifikant steigenden Kohlenstoffdioxid-Preises“ (Bundestagsdrucksache 20/8654, S. 6 f.), etwa angesichts der faktischen Verschiebung der Erhöhung für das Jahr 2023 (www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/entlastung-fuer-deutschland/entlastung-energieabgaben-2125006#:~:text=Im%20Jahr%202022%20stieg%20der,Euro%20um%20ein%20Jahr%20verschoben%20.), und was genau versteht die Bundesregierung unter „langfristig wirtschaftlicher“ angesichts der Annahme, dass „der Bezug erneuerbarer Quellen langfristig wirtschaftlicher sein wird als der fossile Fortbetrieb“ (Bundestagsdrucksache 20/8654, S. 109; bitte quantifiziert und qualifiziert ausführen und begründen)?
14. Abgeordnete
Carolin Bachmann
(AfD)
- Was versteht die Bundesregierung unter einer „Wärmebedarfsreduktion“, und welche Mittel bzw. Instrumente kennt sie, neben der energetischen Sanierung, diese zu erreichen (vgl. Bundestagsdrucksache 20/8654, Besonderer Teil, zu § 16, S. 100; bitte jeweils möglichst umfassend ausführen und begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

15. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Plant der Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner, darauf hinzuwirken, die Besteuerungsfreigrenze für gemeinnützige Vereine zu erhöhen, wenn nein, warum nicht (Netzseite der Bayerischen Staatsregierung – www.bayern.de/staatsminister-regt-in-einem-brief-an-christian-lindner-erleichterungen-fr-gemeinntzige-vereine-an/, zuletzt abgerufen am 19. Oktober 2023)?
16. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Um wie viele Milliarden verringerte sich nach Schätzung des Bundesfinanzministers das private Volksvermögen in Deutschland durch die rasant steigende Inflation seit dem Amtsantritt der aktuellen Bundesregierung, und wie gedenkt der Bundesfinanzminister, diese nach meiner Ansicht faktische Enteignung zu stoppen?
17. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um den Sitz der Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AMLA) der EU nach Deutschland bzw. nach Frankfurt am Main zu holen?

18. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Welche Aktivitäten unternimmt die Bundesregierung bzw. die Ständige Vertretung Deutschlands bei der EU in Brüssel, um die AMLA nach Deutschland zu holen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

19. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über nationale oder internationale Haftbefehle gegenüber dem untergetauchten Reichsbürger A. T. (bitte nach Art der Haftbefehle und deren Vollziehung auflisten; www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-reichsbuerger-amtsgericht-prozess-1.6171649)?
20. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über eine Beteiligung von Mitgliedern der sogenannten „Identitären Bewegung“ an der kurzzeitigen Besetzung einer geplanten Geflüchtetenunterkunft in Dresden am 28. Oktober 2023 sowie über eine Beteiligung ausländischer Staatsbürger an eben dieser Besetzung (taz.de/Rechter-Uebergriff-auf-Unterkunft/!5964133/)?
21. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie viele Fälle von deutschen Staatsangehörigen, die im Jahr 2023 repressiven Maßnahmen (Einreisesperren, Ausreisesperren, Inhaftierungen wegen des Vorwurfs des Terrorverdachts, der Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation und/oder des Vorwurfs der Verbreitung von Propaganda in der Türkei) durch die Türkei ausgesetzt waren, sind der Bundesregierung bis zum aktuellen Stichtag zur Kenntnis gebracht worden (bitte entsprechend der Maßnahmen getrennt auflisten), und wie viele INTERPOL-Fahndungsersuchen wurden im Jahr 2023 bis zum aktuellen Stichtag vor der nationalen Umsetzung gemäß § 15 des Gesetzes über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten geprüft (bitte die Gesamtzahl unter Angabe der jeweiligen Red Notices/Diffusions und Blue Notices/Diffusions sowie der Gesamtzahl der INTERPOL-Fahndungsersuchen aus der Türkei unter Angabe der jeweiligen Red Notices/Diffusions und Blue Notices/Diffusions auflisten)?

22. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Wie viele russische bzw. ukrainische Militärangehörige sowie Militärdienstverweigerer haben seit dem 24. Februar 2022 bis heute politisches Asyl in Deutschland beantragt (www.zdf.de/nachrichte/n/politik/kriegs-verweigerer-asyl-ukraine-krieg-ru-ssland-100.html)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

23. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung deutsche Biologen in der Ukraine, neben zivilen Projekten, auch im Bereich der potenziellen militärischen Nutzenanwendung ihrer Forschungen?
24. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Welche Schutzmaßnahmen ergreift die Bundesregierung konkret, um sicherzustellen, dass die pakistanischen Behörden im Zuge der angekündigten Massenabschiebungen keine Personen nach Afghanistan abschieben, die für ein Aufnahme- oder Resettlementverfahren in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen sind (bitte die Maßnahmen einzeln auflisten; vgl. Auskunft des Kabinetts- und Parlamentsreferats des Auswärtigen Amts an mich per E-Mail vom 7. November 2023), und wie viele Afghaninnen und Afghanen mit Aufnahmezusage warten aktuell auf ihre Ein- bzw. Weiterreise nach Deutschland (bitte nach Grundlage der Aufnahmezusage, also zwischen Ortskräfteverfahren, Aufnahme weiterer besonders gefährdeter Afghaninnen und Afghanen sowie nach Bundesaufnahmeprogramm differenzieren und nach Aufenthaltsort der Betroffenen in Pakistan, Iran bzw. Afghanistan aufschlüsseln)?
25. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wie viele Visa wurden seit der Wiederaufnahme der Visaverfahren an der deutschen Botschaft in Islamabad am 26. Juni 2023 an Afghaninnen und Afghanen mit Aufnahmezusage ausgestellt, und wie viele Personen sind seither tatsächlich nach Deutschland eingereist (bitte nach Monaten aufschlüsseln sowie zwischen Ortskräften, weiteren besonders gefährdeten Personen und Bundesaufnahmeprogramm differenzieren)?

26. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass „U.S. and European officials“ begonnen haben, mit der Ukraine über mögliche Friedensverhandlungen mit Russland zur Beendigung des Krieges zu sprechen, und haben Vertreter/-innen der Bundesregierung, der Bundesministerien oder der Bundeswehr an diesen Gesprächen teilgenommen (www.nbcnews.com/news/world/us-european-officials-broach-topic-peace-negotiations-ukraine-sources-rcna123628)?
27. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) wird die Bundesregierung im Rahmen der Suspendierung des KSE-Vertrags als Reaktion auf den Rückzug Russlands aus dem Vertrag aussetzen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung weiter fortsetzen (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/kse-vertrag/2629744)?
28. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe (bitte nach Jahren und für welchen Zweck auflisten) sind seit 2016 Vorbeitritts-hilfen der Europäischen Union an die Türkei geflossen?
29. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Unterstützungsleistungen bietet die Bundesregierung für Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, aber mit gewöhnlichem Wohnsitz in Deutschland, die sich aktuell in Gaza aufhalten und aufgrund des gegenwärtigen Krieges ausreisen möchten an, und wie viele Personen – deutsche Staatsangehörige und/oder Personen mit deutschen Aufenthaltstiteln – warten gegenwärtig noch auf eine Evakuierung aus dem Gazastreifen nach Deutschland?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Justiz**

30. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU) Welches „Anforderungsprofil“ wurde für die Position der Sprecherin bzw. des Sprechers der Geschäftsführung der juris GmbH niedergelegt (bitte die einzelnen Anforderungen des Anforderungsprofils aufschlüsseln), und in welcher „Schwerpunktsetzung“ hat die Person, die diese Aufgabe zum 6. November 2023 übernommen hat (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 20/9234), es erfüllt (bitte unter Zugrundelegung der einzelnen Anforderungen des Anforderungsprofils ausführen)?
31. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU) Welche Vergütung und welcher Dienort wurden mit der neuen Sprecherin der Geschäftsführung der juris GmbH vereinbart (bitte nach Vereinbarungen zu Fixvergütung, Nebenleistungen, variabler Vergütung und Aufwendungen zur Altersvorsorge aufschlüsseln)?
32. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Ist der Bundesregierung bekannt, und wenn ja, welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus, dass im Nachbarland Dänemark die Autos von Raserinnen und Rasern beschlagnahmt und zwangsversteigert werden können, wenn diese die Höchstgeschwindigkeit um mehr als 100 Prozent überschreiten (www.spiegel.de/panorama/justiz/danemark-polizei-beschlagnahmt-auto-von-deutsem-paar-wegen-raserei-a-d892cd98-1ba4-4c1a-ab1b-02902decd97f), bzw. gibt es bereits Überlegungen für ähnliche Gesetze in Deutschland?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

33. Abgeordnete
Ina Latendorf
(DIE LINKE.) Befürwortet die Bundesregierung ein Zutrittsrecht für Mitarbeiter staatlich finanzierter Projekte und Beratungsstellen für ausländische Beschäftigte, insbesondere für Saisonarbeitskräfte, zu deren Arbeitsstätten und Unterkünften zum Zwecke der arbeitsrechtlichen Information und Betreuung, und wenn nein, warum nicht?

34. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Auf Basis welcher Berechnungen kommt die Bundesregierung zu der im Beschlusspapier der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 6. November 2023 zu TOP 6, „Flüchtlingspolitik – Humanität und Ordnung“, auf S. 15 schriftlich niedergelegten Aussage, dass „die Vereinbarung zwischen dem Bundeskanzler und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber statt bisher 18 Monate künftig 36 Monate im Grundleistungsbezug des Asylbewerberleistungsgesetzes erhalten, [...] zu weiteren Einsparungen bei Ländern und Kommunen in Höhe eines mittleren dreistelligen Millionenbetrags pro Jahr“ führen würde, und wann will die Bundesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

35. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Wann werden die nach Aussage von Vizeadmiral Frank Lenski noch notwendigen Arbeiten am Hochseeschlepper „Rügen“ nach aktuellem Planungsstand beendet sein, und welche zeitlichen Meilensteine (insbesondere unter Angabe von geplantem Vertragsschluss und geplanter Indienststellung) liegen dem Beschaffungsvorhaben eines zweiten Hochseeschleppers nach aktuellem Planungsstand zugrunde (www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/neuer-hochseeschlepper-ruegen-kommt-rekordzeit-truppe-5669272)?
36. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Wie viele potenziell für eine Beschaffung als Hochseeschlepper infrage kommenden Schiffe wurden von Angehörigen des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung im Rahmen einer persönlichen Inaugenscheinnahme begutachtet (bitte unter Angabe der letzten zwölf Inaugenscheinnahmen, jeweils mit Angabe des Tages sowie des Ortes der Inaugenscheinnahme angeben), und ist es zutreffend, dass der Hochseeschlepper „Rügen“ von einem türkischen Schiffshändler, der sich auf „end-of-life ships“ spezialisiert hat, erworben wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

37. Abgeordnete
Ina Latendorf
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung konkrete Initiativen, um die Unterbreitung eines Vorschlags zur Änderung der europäischen Tierschutzgesetzgebung (Transport, Haltung, Schlachtung, Kennzeichnung von tierischen Lebensmitteln) der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament und den Rat zu ermöglichen, und wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

38. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat die Bundesregierung die Umsetzungsempfehlungen der Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt beim Deutschen Institut für Menschenrechte zu Artikel 59 Absatz 1 bis 3 der Istanbul-Konvention zur Kenntnis genommen (www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Aufenthaltstitel_fuer_Betroffene_haeslicher_Gewalt.pdf), und teilt die Bundesregierung die Auffassung der Berichterstattungsstelle, dass die Situation der Betroffenen häuslicher Gewalt durch die bestehende Rechtslage nicht ausreichend berücksichtigt wird und gesetzgeberische Anpassungen erforderlich sind, um die Bestimmungen der Konvention vollständig umzusetzen, insbesondere durch Einführung von zwei verlängerbaren Aufenthaltstiteln in § 25 des Aufenthaltsgesetzes aufgrund der persönlichen Situation von Betroffenen häuslicher Gewalt oder zur Mitwirkung im Ermittlungs- oder Strafverfahren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

39. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der im „TAGESSPIEGEL“ Background vom 6. November 2023 vorgestellte neue Studie der schwedischen und britischen Wissenschaftler Bengt Danielsson, Neil Vargesson und Christian Danielsson zu den Ursachen und dem Verlauf des Duogynon-Skandals (www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0890623823001624), und beabsichtigt die Bundesregierung, auf Basis dieser neuen Erkenntnisse selbst ein neues Rechtsgutachten zum Duogynon-Skandal in Auftrag zu geben?
40. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Plant die Bundesregierung im Nachgang des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts (Urteil vom 7. November 2023, Az. 3 C 8.22 u. a.) einen Gesetzentwurf zur Änderung des § 13 des Betäubungsmittelgesetzes vorzulegen oder eine anderweitige Lösung für die Beschaffung von Natriumpentobarbital für Sterbewillige vorzuschlagen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

41. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Sieht der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck vor dem Hintergrund, dass bereits jetzt modernste Kernreaktoren, die Atommüll als Treibstoff benutzen, von deutschen Atomphysikern in Ruanda gebaut werden, eine nach meiner Ansicht bestehende Gefahr, dass uns die Dritte Welt im Bereich der Kernforschung überholt, und was will der Bundesminister ggf. dagegen tun (www.welt.de/wissenschaft/plus247419906/Atomkraft-Deutsche-Physiker-bauen-Dual-Fluid-Kernreaktor-in-Ruanda.html)?
42. Abgeordneter
Björn Simon
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung den Erfolg der bisherigen Maßnahmen zur Verbraucheraufklärung der von den Dualen Systemen initiierten Kampagne „Mülltrennung wirkt!“, und gibt es Pläne, die Maßnahmen zu verbessern?

43. Abgeordnete
Dr. Anja Weisgerber
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um sicherzustellen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher im Sinne der Bestimmungen des Verpackungsgesetzes (§ 14 Absatz 3) ausreichend über ihre Rolle beim Recycling von Verpackungsabfällen aufgeklärt werden, und lässt sich die Bundesregierung über die dafür zur Verfügung gestellten Finanzmittel der Dualen Systeme berichten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

44. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Mittel sind in der Titelgruppe 50 „Bundesausbildungsförderungsgesetz“ des Einzelplans 30 im Haushaltsjahr 2023 bisher abgeflossen, und plant die Bundesregierung, ggf. nicht abgeflossene Mittel am Ende des Jahres für die Unterstützung von Studierenden, die unter der hohen Zinslast des KfW-Studienkredites leiden, bereitzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

45. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie beantwortet die Bundesregierung die Zielkonflikte zwischen der Förderung von Holzbau und Vermeidung von ressourcenintensiven Kapselungen und Abfallaufkommen, z. B. durch Gipsplatten beim Brandschutz vor dem Hintergrund der Holzbauintiative?

46. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)

Wer trägt die Verantwortung, dass die aktuell geltenden Fassungen der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (VVTB) und der Muster-Holzbaurichtlinie je nach individueller Umsetzung in den Bundesländern in der Bau- und Genehmigungspraxis bei vergleichbaren Bauten zu nach meiner Kenntnis teilweise völlig unterschiedlichen Genehmigungsverhalten führen und die beim Deutschen Institut für Bautechnik (DIBt) beantragte allgemeine, bauaufsichtliche Bauartgenehmigungen (aBGs) zudem teilweise Bearbeitungszeiten von mehreren Jahren aufweisen, und wie löst die Bundesregierung dieses Dilemma in der Holzbauinitiative, ggf. gemeinsam mit den zuständigen Bundesländern?

